

(**Oliver Kumbartzky**)

Grenze unterschritten wird. Davon lässt man sich aber nicht unterkriegen.

(Beifall FDP)

Da muss man nicht panisch und misstrauisch reagieren und schon vorher ein Gesetz verabschieden, um das zu verhindern, Herr Stegner.

Neben dem handwerklichen Murks im Gesetzentwurf und dem bemerkenswerten Ablauf der Beratungen, gibt es noch zahlreiche fachliche Gründe, warum wir dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen werden. Herr Stegner, Sie werden auf die Gründe gewartet haben. Ich will Ihnen die Gründe gern nennen:

Grundsätzlich ist ein **Gewässerrandstreifen** die richtige Maßnahme, um den Eintrag von Stoffen in die Gewässer zu verringern. Das ist ganz klar. Aber wir sind nicht einverstanden damit, dass es jetzt eine Verordnungsermächtigung geben soll, dass der Minister einfach entscheiden können soll, den Gewässerrandstreifen zu verbreitern, ohne das Parlament vorher angehört zu haben. Mich wundert, dass gerade die Genossen, dass gerade Sie, Herr Stegner, das mitmachen. Sonst heißt es doch immer: „Das WIR entscheidet“, und nicht, dass er entscheidet.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich entscheide jetzt, dass Sie mir gern die Zwischenfrage stellen dürfen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bertolt Brecht hat ein wundervolles Gedicht geschrieben, da gab es die FDP noch gar nicht, aber es passt zur FDP. Er hat gesagt: Ich will, du willst, er will, was wir wollen, geschieht, doch was geschieht, will keiner von uns. - Das passt auf die FDP.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie das wiederholen?)

- Können Sie das kurz twittern? Dann kann ich es noch einmal nachlesen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Ein weiterer Punkt, den wir an dem Gesetzentwurf ablehnen, sind die pauschalen Einschränkungen des Gesetzes in allen **Wasserschutzgebieten**. Aus un-

serer Sicht kann man nicht einfach alle Wasserschutzgebiete gleichsetzen. Man hätte durchaus einen differenzierten Blick auf einzelne Gebiete werfen müssen. Die Einschränkungen hätten je nach Zustand der Gewässer vor Ort, gemeinsam im Dialog mit den Landwirten, angegangen werden müssen. Aber pauschale Urteile über die Landwirte sind wir ja spätestens seit dem Knickerlass gewohnt.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Der gestellte Änderungsantrag ist wirklich eine schallende Ohrfeige für den Minister. Das muss man ganz klar so sehen. Das sollte Ihnen, Herr Minister, wirklich zu denken geben, genauso wie die Tatsache, dass Ihr ursprünglicher Entwurf definitiv keine Mehrheit hier im Parlament gehabt hätte. Das müssen wir auch einmal festhalten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

In diesem Sinne wünsche ich mir wirklich für die Landwirtschaft, für eine gute Landwirtschaft, dass die Botschaft, die die regierungstragenden Fraktionen Ihnen gesendet haben, auch bei Ihnen persönlich ankam; sie haben ein Stoppschild gesetzt. Ich hoffe, dass in Zukunft keine solchen Gesetzentwürfe mehr aus Ihrem Haus kommen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und das Interesse am Thema. Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt das Bestimmtheitsgebot. Dieses Bestimmtheitsgebot besagt, dass für den Adressaten das von ihm Verlangte hinreichend verständlich sein muss, was man von dem ersten Gesetzentwurf der Landesregierung nun wirklich nicht behaupten kann. Die im Entwurf neu eingeführte, als arten- und strukturreiches Dauergrünland beschriebene **Schutzkulisse** ist - das hat auch die Anhörung gezeigt - bisher weder definiert noch näher beschrieben worden. Vereinfacht gesagt: Bisher konnte mit dem Gesetzentwurf niemand etwas anfangen. Man muss sich fragen, wie diese Landesregierung „**nachhaltig**“ definiert; denn ein Gesetz, das bei denen, die das Grünland pflegen und erhalten sollten, in erster Linie für Verunsicherung, Unmut und Protest gesorgt hat, ist nicht nachhaltig.

(Angelika Beer)

Wer die mit dem Dauergrünland verbundenen **Nutzungskonflikte** nachhaltig lösen möchte, der muss auf die dafür notwendige Einsicht setzen. **Einsicht** gibt es aber nicht per Verordnung, Einsicht gibt es eben nur im Dialog, und der hat nicht rechtzeitig stattgefunden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und CDU)

Deswegen möchte ich mich ganz ausdrücklich bei den Koalitionsfraktionen, die nach der Anhörung den Gesetzentwurf gründlich überarbeitet haben und einen Änderungsantrag eingebracht haben, bedanken. Wenn diese Sondersitzung nicht stattgefunden hätte, hätten wir nicht zugestimmt. Ich muss schon sagen: Es ist eine große Leistung, dass insbesondere auf Wirken der SPD der Putsch der Landesregierung in den Formulierungen korrigiert wurde. Glückwunsch dazu!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich finde das ganz erfreulich, weil bisher so gut wie einmalig, dass die Abgeordneten ihre Kontrollfunktion gegenüber ihrer eigenen Regierung wirklich wahrnehmen. Einen ungenügenden Gesetzentwurf auf die Spur zu bringen, ist eine echte Leistung. Das erweckt nicht nur den Anschein, sondern ich denke, es ist auch so, dass die Fachkompetenz nicht im Ministerium, sondern hier im Parlament verankert ist, beziehungsweise, dass das Ministerium auf die Fachkompetenz des Parlaments angewiesen ist. Auch das ist positiv.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Ärgerlich ist aus unserer Sicht allerdings, dass die Änderungen auf den letzten Drücker vorgelegt worden sind. Wir fordern den Umweltminister deswegen auf, die Vorbereitung künftiger Gesetzesvorhaben frühzeitig in den Blick zu nehmen. Das ist nicht so schwierig. Wir alle wissen, wann die nächste Beratung stattfinden wird.

An dieser Stelle möchte ich aber auch allen danken, die an den **Anhörungen** teilgenommen haben; denn nur ihre fachliche Kompetenz hat es uns möglich gemacht, sehr klar zu sagen, an welcher Stelle dieses Gesetz verändert werden muss.

Ich will jetzt noch einmal zum Gegenstand der Debatte kommen. Ich sagte eingangs bereits, dass der als **arten- und strukturreiches Dauergrünland** bezeichnete Biotoptyp bislang nicht klar definiert worden ist. Genau das müssen wir nachholen. Ich hoffe, dabei sind wir im Ausschuss alle zusammen. Diese Definierung muss stattfinden.

Es geht jetzt darum, den Landwirten die ökologische **Bedeutung der unterschiedlichen Grünlandtypen** näherzubringen und sie für die Idee des Grünlandsschutzes zu sensibilisieren und auch zu begeistern.

Die Anhörung hat ein zweites Ergebnis gebracht. Ich denke, man kann sagen, Naturschützer und Landwirte müssen häufiger miteinander reden. Das vom Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter ins Gespräch gebrachte **Kompetenzzentrum** könnte als **Vermittler zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik** fungieren. Wenn ich richtig unterrichtet bin, ist das ein Ansatz, den der Minister bereits verfolgt.

Wir bestehen darauf, dass das **Bodenkataster** aktualisiert wird. Ich habe gehört, dass es die Bereitschaft hierzu gibt. Wir werden uns schleunigst daranmachen müssen.

Zum Schluss möchte ich die Worte eines unserer Angehörten wiedergeben. Herr Professor Dr. Friedhelm Taube hat Folgendes gesagt: Die Diskussion um das Grünland macht die **Defizite der europäischen Agrarpolitik** deutlich. Mit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung in der zweiten Säule würde es diese Diskussionen gar nicht geben. - Ich denke, er hat recht, und darin liegt unsere Herausforderung.

(Beifall PIRATEN)

Das heißt auch, wir können nicht erwarten, dass unsere Landwirte die Suppe aus Brüssel allein auslöffeln. Ich sage deswegen auch ganz klar: Die Suppe aus Brüssel wurde mit dem Einverständnis der deutschen Bundesregierung gekocht. Wir können nicht erwarten, dass die Bauern diese Suppe jetzt allein auslöffeln. Wir brauchen deswegen auch eine Veränderung der Agrarpolitik auf **Bundesebene**.

(Beifall PIRATEN)

Wir werden - und das ist jetzt die Überraschung - trotz dieser Kritik am Zustandekommen dieses Gesetzes, weil es um das Grünland geht, ganz anders als die beiden Kollegen es dargestellt haben, und weil wir PIRATEN grundsätzlich in der Sache abstimmen, aber nicht nach dem Zwang der Koalitionsfraktionen beziehungsweise Oppositionsfraktionen, dem zustimmen. Wir freuen uns über das verbesserte Gesetz und werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)